

AUSGABE VOM 3. FEBRUAR 2018

Diesel-Abgase: Schnelle Lösungen für NRW und Köln nötig

Schnelle Lösungen für Städte mit hoher Stickoxidbelastung, das waren wichtige Schwerpunkte bei den Gesprächen der Kanzlerin mit den Regierungschefs der Länder am Donnerstag in Berlin. Der Kölner CDU-MdB Karsten Möring begrüßt die Ankündigung Merkels, für Städte, die bundesweit besonders massiv betroffen sind, eine schnelle Lösung durch „stadtspezifische Gespräche“ zu finden. Auch wenn die NO₂-Belastung in NRW im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig sei, gelte es nun mit Unterstützung des Bundes auch für das hochbelastete Köln zeitnah passgenaue Maßnahmen umzusetzen, so Möring. „Solange die berechtigte Sorge vor Fahrverboten bei Dieselfahrzeugen und damit verbunden wirtschaftliche Auswirkungen auf Handwerk und regionale Betriebe zu befürchten sind, bleibt das Thema für mich auf der Tagesordnung“, betont der Unions-Umwelt- und Verkehrsexperte.

Koalitionsverhandlungen von Union und SPD in vollem Gange

CDU und CSU stehen in Berlin mitten in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Daran sind auch viele Kolleginnen und Kollegen aus NRW beteiligt sind. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind Ausgangspunkt und roter Faden der Gespräche. Bereits fest Vereinbartes wird nicht mehr aufgeben, sondern ergänzt und erläutert. Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben die nötigen finanziellen Spielräume, um Deutschland weiter voranzubringen und zu modernisieren. Dabei stehen Digitalisierung aber auch die Bereiche innere und soziale Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Familie im Fokus. Der Bund wird den Ländern bei der Bewältigung ihrer Aufgaben weiter beistehen.



Am Donnerstag hat der Bundestag die weitere Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte beschlossen: „Die Union hat mit der SPD einen guten Kompromiss gefunden,“ betonte Innenminister de Maizière. (Foto: CDU/CSU)

„Wir wollen die Verhandlungen am Ende der laufenden Woche zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Wir wissen, es ist höchste Zeit, eine stabile Regierung für unser Land zu bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im Ausland zur Verfügung zu stehen“, so CDU-MdB Möring.

Wie in den Sondierungsgesprächen mit der SPD vereinbart, bleibt der Familiennachzug für den Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten zunächst ausgesetzt. Ab 1. August 2018 wird ein Zugang der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen pro Monat zugelassen. Die genauen Kriterien müssen in einem neuen Gesetzgebungsverfahren noch festgelegt werden. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Im Gegenzug entfällt die bisher durchgeführte Aufnahme von monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Karsten Möring: „Es gibt also nicht mehr Zuwanderung nach Deutschland, das war unser Ziel. Eine gute Nachricht auch für Köln. Wir haben mit der SPD hart um diese Regelungen. Mit der erfolgreichen Einigung wurde eine wichtige Hürde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen“, so der Kölner CDU-Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

vor wenigen Tagen hat die Kölner Polizei eine kurdische Großdemonstration mit einem Protestzug nach knapp fünf Stunden vorzeitig gestoppt und die Versammlung mit 20.000 Teilnehmern aufgelöst. Trotz mehrfacher Aufforderung zur Unterlassung seien in massiver Weise weiter verbotene Öcalan-Fahnen geschwenkt worden, so begründete die Polizei ihre Entscheidung. Das Zeigen von Symbolen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihres inhaftierten Anführers Abdullah Öcalan ist auch in Deutschland strafbar. Über 2000 Polizeibeamte waren im Einsatz, weil „erhebliches Konfliktpotenzial“ drohte.

Die LINKE sowie die Veranstalter haben das Vorgehen der Polizei kritisiert. Ich sage: Die Polizei hat besonnen und richtig gehandelt! Die PKK ist in der gesamten EU als Terrororganisation eingestuft. Dass Werbung für sie bei uns verboten ist und dass dieses Verbot durchgesetzt wird, ist notwendig.

Wir können nicht einerseits verurteilen, dass türkische Behörden Unschuldige unter konstruierten Vorwürfen einsperren, wenn wir selbst den Begriff Terror willkürlich verwenden. Terror ist Terror, egal welches Ziel er angeblich verfolgt. Umgekehrt gilt: Man kann PKK-Fahnen und Öcalan-Bilder verbieten und trotzdem Ankaras Kampf gegen die Kurden auf syrischem Gebiet verurteilen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Aktuelle Stunde zu Abgasversuchen

Der Bundestag befasste sich in einer von den Grünen beantragten Aktuelle Stunde mit den jüngst bekannt gewordenen Abgastests durch die von Volkswagen, Daimler, BMW und Bosch ins Leben gerufene Organisation EUGT. Die Versuche an Affen hatten massive Kritik an der Automobilindustrie ausgelöst. Kurz danach war der inzwischen entkräftete Verdacht aufgekommen, dass im Auftrag des Lobby-Vereins auch Tests mit Dieselabgasen an Menschen stattgefunden hätten. Tatsächlich ging es bei der Studie am Klinikum Aachen um den Stickstoffdioxidgrenzwert am Arbeitsplatz.

Laut Abschlussbericht von EUGT mussten zehn Javaner-Affen vier Stunden lang die Abgase eines VW-Beetles, Baujahr 2013, und eines Ford-Pickups aus dem Jahr 1997 einatmen. Das Ergebnis: Die Abgase des neueren Modells waren für die Tiere weit schädlicher als die des alten Ford. Und das, obwohl der Beetle mit der gleichen Software ausgestattet war, die 2015 den Diesel-Skandal auslöste, sodass das Auto im Labor weniger Stickstoffoxid ausstieß als auf der Straße. Der geschäftsführende Bundesverkehrsminister Christian Schmidt verlangte in der Debatte am Freitag eine konsequente Aufklärung der Vorgänge und ein Umdenken in der Unternehmenskultur. Die Unternehmen hätten ähnliche Tests für die Zukunft abgeschlossen. CDU-MdB Karsten Möring: „Diese Tests sind eine ethische Entgleisung, für die mir jedes Verständnis fehlt!“

Kölner Kinderdreigestirn im Bundestag



Kurz vor dem Karnevalshöhepunkt am Rhein war das Kölner Kinderdreigestirn in Begleitung des Festkomitee-Präsidenten Christoph Kuckelkorn und des Protokollchefs Bernd Höft zusammen mit anderen jecken Dreigestirnen zu Gast im Reichstag. „Von mir bekamen sie den Orden der CDU Porz und ich erhielt vom Prinzen die Spange“, so MdB Karsten Möring. Zusammen mit seinem Kölner Kollegen Heribert Hirte und der CDU-Abgeordneten Antje Tillmann hatten alle viel Spaß beim abschließenden Fototermin mit Kinderprinz Balthazar I. (Balthazar Zeibig), Kinderbauer Kai (Kai Faßbender) und Kinderjungfrau Marie (Marie Kirsch) auf der Reichstagskuppel. (Bild: privat)

Konstituierung des Umweltausschusses



Sylvia Kötting-Uhl MdB (Bündnis 90/Die Grünen) ist neue Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die 65-Jährige wurde in der konstituierenden Sitzung am Mittwochvormittag unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth im Einvernehmen für dieses Amt bestimmt. Kötting-Uhl tritt die Nachfolge von Bärbel Höhn an, die dem neuen Bundestag nicht mehr angehört. Dem Ausschuss gehören in der neuen Wahlperiode 39 Mitglieder an. Auf gute Zusammenarbeit: MdB Karsten Möring gratulierte als einer der 14 Unions-Ausschussmitglieder im Anschluss der neuen Vorsitzenden. (Bild: privat)

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. In dieser Woche beging das Parlament wie jedes Jahr diesen Gedenktag in Erinnerung an das Verbrechen der Vernichtung der europäischen Juden. Anita Lasker-Wallfisch, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen, hielt im Deutschen Bundestag eine tief beeindruckende und bewegende Gedenkrede. Sie wurde gemeinsam mit ihrer Schwester Renate durch eine Erklärung, die sie am 15. April 1945 inmitten von Leichenbergen im Lager Bergen-Belsen abgab, als die "Stimmen der BBC" bekannt.

„Immer noch haben wir Antisemitismus – bestehenden und neu hinzukommenden – in unserem Land zu beklagen. Wir stehen auch in Köln an der Seite aller Menschen jüdischen Glaubens und werden nicht zulassen, dass diese heute wieder vermehrt um ihre Sicherheit fürchten müssen“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 4 der 19. Wahlperiode
3. Februar 2018

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

